



Ausbeutung + Ausgrenzung = Soziale Gerechtigkeit?

Oder: Wenn Nepper, Schlepper, Bauernfänger sich als Politiker*innen maskieren

Man könnte fragen: Geht es nicht etwas sachlicher? Doch, es geht, aber nicht nur. Wer über Ungerechtigkeit redet, spricht über entwürdigte, ausgegrenzte, unterdrückte Menschen – und ihre Schicksale lassen sich nur eingeschränkt in sachliche Begriffe fassen, es bleibt ein mehr oder weniger großer Rest von empörten, erschütterten, wütenden Gefühlen.

Aber: PolitikerInnen als Nepper?

Erinnern Sie sich nicht an Gerhard Schröder (SPD) und die rot-grüne Bundesregierung? Wie sie die Agenda 2010 den Menschen als notwendiges Übel anpries, das ihnen letztlich doch zugute käme? Sie hat Millionen von ihnen dann tatsächlich übel mitgespielt, sie in Arbeitslosigkeit, Armut, Verelendung getrieben.

Erinnern Sie sich nicht an Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit (CDU), der vor dem Bundestag im Brustton der Überzeugung verkündete: „Zum Mitschreiben: Die Rente ist sicher“? Er und seine Nachfolger bescherten Millionen von älteren Menschen nach einem langen Arbeitsleben eine Rente, von der sie mehr schlecht als recht leben können.

Erinnern Sie sich nicht an Walter Riester (SPD), der wie eine Glücksfee die nach ihm benannte Rente aus der Taufe hob? Sie erwies sich als grandioses Betrugsmanöver an den gutgläubig riesternden Menschen.

Diese wenigen Hinweise helfen Ihrer Erinnerung vielleicht auf die Sprünge und Sie sehen vor Ihrem geistigen Auge all die Wahlversprechen und verführerischen Visionen einer hellen Zukunft, die sich oft schon nach wenigen Tagen oder Monaten ins Nichts oder in ihr Gegenteil verflüchtigt haben – wie die blühenden Landschaften, die Helmut Kohl (CDU) in den wundervollsten Farben ausgemalt hat und nach denen die meisten Menschen in der ehemaligen DDR noch heute Ausschau halten.

Sie alle wissen, wie Nepper fast aller Parteien in betrügerischer Absicht ihre Waren den WählerInnen anpreisen und verkaufen, egal welche



Aber: PolitikerInnen als Schlepper?

Erinnern Sie sich nicht an die Finanzkrise vor wenigen Jahren? Politiker*innen fast aller Parteien haben Banken und anderen dubiosen Finanzhaien etwa eine Billion Euro – so aktuelle Schätzungen – hinterhergeworfen, damit Manager auf ihre Millionen-Gehälter und Boni nicht verzichten müssen.

Erinnern Sie sich nicht an die Diskussion über eine Finanztransaktionssteuer, die nach dem Motto „der Berg kreiste und gebar eine Maus“ mit einem gesetzlichen Fiasko endete? Banker und Finanzjongleure lachen sich seit langem und weiterhin krumm.

Erinnern Sie sich nicht an die Steuergesetze in Deutschland, die Wohlhabenden und Managern und Konzernen ermöglichen, so gut wie keine Steuern zu zahlen? Über Firmensitze in Steuerparadiesen dürfen sie sich sogar gänzlich von ihnen befreien, und eine Kapitalertragssteuer von lächerlichen 25% bewahrt die Kapitalvermögen, die einen unermesslichen Reichtum darstellen, vor allzu viel Beitrag zum Allgemeinwohl.

Und fällt Ihnen ein, dass Lohndumping – also die niedrigsten Löhne im europaweiten Vergleich – dafür sorgt, dass Ihr Heimatland Export- und die Reichen im Lande Profitweltmeister sind, bezahlt von den vielen Menschen, die zwei oder drei Jobs zum Überleben brauchen, um dann doch noch unter die Armutsgrenze zu fallen. Wer von Leiharbeit oder Werksverträgen lebt, wird besonders nachdrücklich daran erinnert,

wie Kapital- und Konzernbesitzer von den meisten Politiker*innen durch alle Goldgruben und um alle Gewinn- und Akkumulationsrisiken herum geschleppt werden, damit ihr Reichtum sich mehre, auf Kosten all derer, die arbeiten müssen, um zu leben, oder oft nicht einmal das können.

Aber: PolitikerInnen als Bauernfänger?

Erinnern Sie sich nicht, wie die Rentengesetzgebung plötzlich private Vorsorge verlangte, also die Auslieferung der eigenen Zukunft

Was ist für mich Gerechtigkeit? Die Würdigung erbrachter Leistungen im vollen Umfang (Pflege darf etwas wert sein). Der respektvolle Umgang miteinander. Die Ressourcen gleichmäßig verteilen und die gleiche Chance für Alle, die Begeisterung und Einsatz zeigen. Insgesamt ist es schon eine schwierige Frage, und ich finde, dass Einsatz gewürdigt werden sollte.

Barbara Mallon ist Krankenschwester und in der Altenpflege aktiv.



Wir kritisieren nicht nur, wir fordern auch:

•••••
Eine sichere Rente für alle ArbeitnehmerInnen in Höhe von 1600 €

•••••
Eine steuerfinanzierte Aufstockung der gesetzlichen auf eine sichere Rente

•••••
Einen festgeschriebenen Rentenversicherungssatz von 22,8 %

•••••
Einen festgeschriebenen Arbeitgeberanteil von 12,5 %

•••••
Fester und flexibler Arbeitgeberanteil bei Betriebsrenten

•••••
Abschaffung der Riesterrente, Übertragung auf Betriebsrenten

•••••
Beteiligung der Selbständigen an der gesetzlichen Rente

•••••
Beteiligung der Beamten an der gesetzlichen Rente

•••••
Alternativ Angleichung der Pensionen an das Rentenniveau

•••••
So lassen sich soziale Gerechtigkeit und würdevolles Leben im Alter erreichen.

an die Risiken von Wirtschaftswachstum und Kapitalmarkt? Allen ärmeren und nicht berufstätigen Menschen wurde Altersarmut auf diese Weise gesetzlich garantiert. Erinnern Sie sich nicht, wie die Riesterrente als Segen für Menschen im Ruhestand angepriesen wurde? Sie erwies sich als ein Milliarden Geschenk der Politik an die Versicherungskonzerne.

Erinnern Sie sich nicht, dass Ihnen von Kindesbeinen an von Politiker*innen, Medien und anderen Propagandisten erzählt wurde, die von Ihnen gewählten Vertreter*innen in Parlament und Regierung seien Garanten eines demokratischen Gemeinwesens? In Wirklichkeit beherrschen längst die Lobbyisten das Geschäft der Gesetzgebung nach ihren Vorstellungen.

Erinnern Sie sich nicht an die seit Jahrzehnten wiederholten Versprechen, jedes Kind solle eine gleichberechtigte Chance auf Bildung haben? Die OECD stellt nahezu jährlich fest, dass Deutschland absolut nichts tut, um Kindern aus armen und sozial benachteiligten Familien aus nur den Hauch einer Chance zu geben. Erinnern Sie sich nicht, dass die in mehrfacher Hinsicht völlig unzumutbare Lage von Leiharbeitskräften durch ein neues Gesetz verbessert werden sollte? Dieses Gesetz aber macht ihr Leben noch mehr zur existenziellen Vorhölle, weil es sie zu einer beruflich diskriminierten

Keine gesicherte Rente trotz Vollzeit Beschäftigung!

Verschiebemasse für Konzerne macht.

Diese wenigen Hinweise helfen Ihnen vielleicht zu begreifen, in welchem Ausmaß Tricks und dubiose Machenschaften Ihr Leben bestimmen,

weil Politiker*innen Ihnen mit bauernfängerischer Schläue Gesetze andrehen, die in den seltensten Fällen das enthalten, was Ihnen versprochen worden ist.

Neppen, Schleppen und Bauernfängerei in diesen Dimensionen dienen der Ausbeutung der Menschen durch die Eliten; ihr Ergebnis ist die materielle, kulturelle, gesundheitliche Ausgrenzung dieser Menschen, die Verweigerung, sie am gesellschaftlichen Reichtum angemessen

teilhaben zu lassen.

Der Spott kommt oben drauf. Diese entwürdigenden Zustände auch nur irgendwie mit sozialer Gerechtigkeit in Verbindung zu bringen, verhöhnt die Ausgegrenzten zusätzlich. Sonntags- und Wahlkampfreden, aber auch Worte wie „Solidarität“ und „demokratisches Miteinander“ legen sich wie ein dichter verbaler Schleier über diese Wirklichkeit, mit einem fatalen Ergebnis: Die eigenen Leiden, die eigene Verzweiflung erscheinen als selbstverschuldet, eingebildet und undankbar.

Wir kritisieren nicht nur, wir fordern auch:

Eine Einkommenssteuer, die bei sehr hohen Einkommen die 90% erreichen darf

Eine Vermögenssteuer zur Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums

Eine Erbschaftssteuer, die diesen Namen verdient

Eine drastische Besteuerung von Kapitaleinkünften, ebenfalls bis 90%

Eine Finanztransaktionssteuer, die Spekulationsgewinne konsequent abschöpft

Eine staatliche Kontrolle von Finanzprodukten und eine Qualitätskontrolle für sie

Abschaffung aller Steuerschlupflöcher und -vergünstigungen für Konzerne

Rücksichtslose strafrechtliche Verfolgung von Steuerhinterziehung in jeglicher Form

So können auch die reichen gesellschaftlichen Gruppen zur sozialen Gerechtigkeit beitragen.

Wahlen stehen vor der Tür. Politiker*innen fast aller Parteien haben die soziale Ungerechtigkeit zu verantworten, von der ein großer Teil der in Deutschland lebenden Menschen betroffen ist: durch Kinderarmut, Altersarmut, feh-

lende Bildungschancen, Arbeitslosigkeit, Hartz IV, mangelhafte Gesundheitsversorgung, kulturellen Mangel, ungesunde Ernährung, chronische Erkrankungen und berufliche Diskriminierung durch Leiharbeits- und Werkverträge. Was soziale Gerechtigkeit stattdessen sein könnte, tragen wir in diesem Bündnisbrief zusammen – und es wäre unser aller Aufgabe, die Kandidat*innen für die Bundestagswahl, jedes Wahlprogramm, daraufhin zu befragen, ob konkrete Konzepte für die Abschaffung dieser systematischen Ungerechtigkeiten geäußert werden.

In einem Vortrag, der manches Auge öffnet, hat Prof. Mausfeld (Kiel) auf „Die Angst der Machteliten vor dem Volk“ hingewiesen (Youtube). Am 24. September könnte ihre Angst sich als begründet erweisen. Wir wissen, dass sie weiterhin soziale Gerechtigkeit sagen, wenn sie Ausbeutung und Ausgrenzung meinen. Deshalb dürfen sie keine einzige Stimme von uns erhalten – sondern nur diejenigen, die glaubhaft machen können, dass sie es mit der sozialen Gerechtigkeit für alle Menschen ernst meinen.

Angst vor der Altersarmut, trotz jahrzehnter Bayer Arbeit?

Unser Bündnis für Menschenwürde und Arbeit trägt seit über zehn Jahren dazu bei, dass in Mönchengladbach und der umliegenden Region die Menschen zu Wort kommen und Gehör finden, die im Weltbild der meisten Politiker*innen keinen Platz mehr haben. Damit sie nicht vergessen werden, wollen wir ihnen und ihrem prekären Dasein, das sie nicht selbst verschuldet haben, sondern das ihnen aufgezwungen worden ist, mit diesem Bündnisbrief eine öffentlichkeitswirksame Präsenz geben.

Dr. Günter Rexilius

„Das ist eine Pokerrente“?

Interview mit Matthias Birkwald (taz, 30.5.2017)

Die geplante Betriebsrentenreform ist gefährlich. Normal- und Geringverdiener zahlen womöglich drauf. Matthias Birkwald, 55, ist Sozialwissenschaftler und Parlamentarischer Geschäftsführer sowie rentenpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag.

taz: Herr Birkwald, die Bundesregierung will die Betriebsrente reformieren. Gute Idee?

Matthias Birkwald: Menschen müssen im Alter finanziell abgesichert sein. Ob das die reformierte Betriebsrente schafft, ist fraglich. Warum?

Wenn das sogenannte Betriebsrentenstärkungsgesetz so umgesetzt wird, wie es jetzt geplant ist, werden die Normal- und GeringverdienerInnen im Alter vielleicht nicht einmal mehr die Beiträge herausbekommen, die sie eingezahlt haben.

Wie kann das sein?

Der Teil des Geldes, das ArbeitnehmerInnen in die betriebliche Altersvorsorge stecken, soll

künftig hochriskant an den Aktienmärkten angelegt werden. Angesichts der unsicheren Finanzmärkte weiß jetzt noch niemand, wie sich dort das Geld entwickelt. Deswegen soll es künftig keine garantierte Rente mehr geben, sondern nur noch eine sogenannte Zielrente. Das wiederum heißt, dass niemand mehr weiß, mit welcher Betriebsrente er zum Rentenbeginn rechnen kann. Auch danach ist nicht mehr – wie bisher – ausgeschlossen, dass laufende Renten abgesenkt werden. Das ist also keine Zielrente, das ist eine Pokerrente.

Die Koalition wirbt damit, dass insbesondere GeringverdienerInnen davon profitieren.

Das Gegenteil ist der Fall. Es funktioniert nur für die ArbeitgeberInnen. Für sie gilt: Pay and forget – zahl und vergiss die bisherige Arbeitgeberhaftung.

Für mich ist Gerechtigkeit die Möglichkeit, lebenswert und zufrieden leben zu können. Sie ist ein Gut, für das es sich friedlich zu streiten lohnt und das nicht selbstverständlich ist.

Werner Bredies

Mal konkret: Jemand verdient ein Durchschnittsbruttogehalt von 3.000 Euro. Wie viel davon zahlt er in die betriebliche Altersvorsorge und was kommt am Ende heraus?

Wie viel jemand einzahlt, bestimmt er selbst, empfohlen werden rund 4 Prozent. Diese Summe geht direkt von seinem Bruttogehalt ab, als sogenannte Gehaltsumwandlung. Dadurch senkt der Arbeitnehmer aber automatisch seine gesetzliche Rente, weil sein Gesamtverdienst für die Rentenversicherung geringer ist. Unabhängig davon ist das auch schlecht für alle Beschäftigten, weil das Rentenniveau in der Rentenversicherung durch die geringere Lohnsumme verringert wird.

Wie löst man das Problem?

Die „Zielrente“ darf es nicht geben. Stattdessen sollte das Rentenniveau auf 53 Prozent angehoben werden. Darüber hinaus sollte es wieder die „Höherversicherung“ geben, mit der freiwillige zusätzliche Beiträge auf das persönliche Rentenkonto eingezahlt werden können. ■



Das Bündnis und die „rolling stones“ ?

Neue Klagemauer: Erste Ergebnisse / Die „Protestwand“ ist gefragt



Einführung bedingungsloses Grund-Einkommen C. Simon 48

Die Wohnungssuche aus der Notschlafstelle heraus – da gibt es keine Chance, eine Wohnung zu bekommen, man wird sofort abgewiesen. Es ist ein riesiges Problem, "irgendwo" unterzukommen, wenn die Notschlafstelle geschlossen ist. Die muss man bis 7.30 Uhr verlassen, sie öffnet erst ab 19 Uhr. Es ist mir eine große Hilfe, dass ich mich während dessen im Arbeitslosenzentrum, bei der Diakonie und im Bruno-Lelieveld-Haus aufhalten kann. Die sind da sehr menschlich.

Wilhelm K., Wohnungsloser.



Sie ist gefragt – unsere „Klagemauer“. Die Wände zum Ausleihen sind in zweierlei Hinsicht auffällig und damit nicht zu übersehen. Zum Einen ist da die auffallende Stein-Struktur, zum anderen aber sind es – und das ist viel wichtiger – die Botschaften, die Menschen an die „Klagemauer“ des regionalen Bündnisses für Menschenwürde und Arbeit heften.

Ein kleines Stück Papier mit Sprengkraft, voller Frust, mit Forderungen, Empfindungen, Denkanstößen, mit der Aufforderung zu einer Veränderung für ein Leben in (Menschen-) Würde, aber mitunter auch ein Dankeschön für Begegnungen mit Menschen, die helfen, die da sind – und nicht, wie so oft, weg-schauen, abtauchen.

Worum geht es eigentlich? Das besagte Bündnis hat die „Klagemauer“ überarbeiten lassen. Bündnisrats-Mitglied Robert Manstetten hat dabei ganze Arbeit geleistet. Die stattliche Wand ist nun relativ leicht transportierbar, man kann sie kostenlos leihen, und sie hält dank stabiler Befestigung bei Außenveranstaltungen auch stärkeren Winden stand.

Mittlerweile stand die Neue bei den Mai-Kundgebungen des DGB in Gladbach und in Krefeld, die Bündnis-Grünen Mönchengladbach haben sie bei Veranstaltungen ebenso aufgestellt wie die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Aachen-Land.

Oder die Heinsberger Initiative „Amos“ gegen Armut und Arbeitslosigkeit. Und auch in den kommenden Wochen und Monaten bleibt die „Klagemauer“ mobil. Das zeigen die Anmeldungen zahlreicher Gruppen und Verbände aus der Region im Kreis Heinsberg, Gladbach und Krefeld.

Bündnis-Geschäftsführer Wolfgang Fels („Wir wollen mit unserer Mauer Menschen eine Art Stimme geben und etwas bewegen“) hat

die ersten und zahlreichen Statements stattgefundener Veranstaltungen gesichtet und zusammengefasst. Im Wesentlichen wurden folgende Aspekte genannt:

„Altersarmut ist für ein Land wie Deutschland unwürdig“. Oder: „Altersarmut macht (auch jungen Menschen) Angst“.

Tatsächlich fühlen sich laut einer Infratest-Dimap-Erhebung im Auftrag der ARD „die 18- bis 34-Jährigen als nicht ausreichend abgesichert“ im Alter. Wie auch? Bei immer mehr Arbeitsverträgen für sie auf Zeit und mit sklavennähnlichen Entlohnungen.

„Wir brauchen eine verlässliche Rente für

Wir kritisieren nicht nur, wir fordern auch:

.....
Abschaffung aller Niedriglohnarbeitsplätze, die zu Armut und Verelendung führen

.....
Schluss mit dem Lohndumping, Anhebung der Löhne jährlich um 5 Prozent

.....
Anhebung des Mindestlohns für alle auf 12 €

.....
Bezahlung von Leiharbeit über Tarif, um die verbundene Unsicherheit auszugleichen

.....
Sichere Übernahme von LeiharbeiterInnen nach spätestens 24 Monaten

.....
Schluss mit Werkverträgen, die Arbeits- und Lebensbedingungen entwürdigen

.....
Endlich gleiche Bezahlung für Frauen und Männer bei gleicher Arbeit

.....
So beginnt auch das Arbeitsleben die Züge von sozialer Gerechtigkeit zu tragen.

alle“, fordern die einen. Andere sprechen sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) aus. Das ist bekanntlich heftig umstritten.

Gerade Wirtschaftskreise sagen Nein, weil „unbezahlbar“, andere meinen: „Das BGE ermöglicht es jedem, seine Arbeit gemäss

seinen Bedingungen und Vorteilen zu wählen. Man muss zum Überleben nicht irgendeinen Job annehmen.“

Weitere Zettel-Inhalte: „Man muss von Lohn oder Rente leben können, ohne Nebenjob.“ Mehrere Zeitgenossen dringen auf eine garantierte Grundrente in Höhe von 1200 Euro/Monat.

„Hartz IV gehört abgeschafft“ sagen offenbar Jene, die davon (über-)leben müssen. Klar ist auch diese Forderung: „Vernünftige entfristete Arbeitsplätze“.

„Völlig ungerecht ist es“, schreibt ein Anonymus, „dass ich viele Jahre gearbeitet, Kinder großgezogen habe und nun im Alter arm bin“. Aber ist man nur altersarm, wenn man auf zusätzliche staatliche Sozialleistungen angewiesen ist? Die Deutsche Rentenversicherung rät: „Wenn Ihr gesamtes monatliches Einkommen durchschnittlich unter 773 Euro liegt, sollten Sie prüfen lassen, ob Sie Anspruch auf Grundsicherung haben.“ Wenn man also 780 Euro Rente bekommt, ist man schon nicht mehr arm?

Für den Paritätischen Wohlfahrtsverband greift dieser Ansatz zu kurz. Die Grundsicherung sei nur als eine vorübergehende Leistung konzipiert, um Notsituationen zu überbrücken. Für eine dauerhafte Unterstützung

... sei sie zu knapp bemessen, heißt es im jüngsten Armutsberichts des Verbands. Der Paritätische errechnet seine Armutsquote deshalb mit dem relativen Armutsbegriff. Der Verband zählt dabei alle Personen, die in Haushalten leben, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens aller Haushalte beträgt. Er kommt damit bei über 65-Jährigen auf eine Armutsquote von inzwischen 14,4 Prozent.

Zurück zur „Klagemauer“. In absehbarer Zeit werden wir als Bündnis alle Beiträge auswerten, nach Themen sortieren und daraus Forderungen ableiten – an die Gesellschaft, an die Politik, an die Kirchen. Wolfgang Fels: „Wir wollen und wir werden etwas bewegen.“ Symbolisch formuliert: Mauersteine, die etwas ins Rollen bringen ...

Infos: www.menschenwuerde-und-arbeit.de

Herbert Baumann

Impressum

Bündnis für Menschenwürde und Arbeit

Wolfgang Fels, Tel. 02161/948 90 83

Kirchplatz 11, 41061 Mönchengladbach

www.menschenwuerde-und-arbeit.de

buer0@menschenwuerde-und-arbeit.de

Bankverbindung

Förderverein Stiftung Volksverein MG

Sparkasse Mönchengladbach

IBAN: DE33 310 500 000 00 31 80 825

Verwendungszweck: Bündnis

Macht die Politik die Helfer hilflos?

Nachgefragt: Das Gladbacher Arbeitslosenzentrum ist akut gefährdet.

Bleibt die Gerechtigkeit auf der Strecke?

Wir haben schon mehrfach über die Situation des ALZ MG im Zusammenhang mit neuer Innenstadtbebauung berichtet. Das erscheint uns als eine Art Lehrstück für den Umgang mit sogenannten Randgruppen – nicht nur in Mönchengladbach.

Das Arbeitslosenzentrum (ALZ) öffnete wieder die Haustür. An dem Tag, an dem auch das benachbarte Berggartenfest von Musik- und Volkshochschule stattfand, luden wir unter anderem Nachbarn zu locker-legeren Gesprächen bei Kuchen, Kaffee und wässrigen Erfrischungen ein.

Nur kurz hatten Vorstand und Leitung des ALZ darüber geredet, mit welchem Titel wir unsere Gäste empfangen wollen. „Wir leben noch“ war ein Vorschlag, „Quicklebendig im Quartier“ ein anderer. Wir haben uns für „Lebendig im Quartier – Beratung, Begegnung, Mittagstisch“ entschieden. In dicken Buchstaben prangte das Transparent mit dem deutlichen Lebenszeichen über dem Haupteingang der gefragten Anlaufstelle an der Lüpertzender Straße 69.

Ja, wir leben noch. Und das wollen und werden wir auch künftig tun. Auch wenn uns die

Beispiel: Das regionale Bündnis für Menschenwürde und Arbeit gab eine Extrazeitung (Bündnisbrief) heraus. Darin warnt die Gruppe vor einer Vertreibung des ALZ. Eine Stadt, die immer wieder ihre soziale Tradition hervorkehre, könne und dürfe solche Zentren nicht zerstören. Soziale Kälte dürfe nicht siegen.

Regionaldekan Ulrich Clancett hat es treffend formuliert: Die Armen und Benachteiligten gehören genauso in den Mittelpunkt der Gesellschaft wie die Reichen und Betuchten. Also keine Ausgrenzung. Und keine Vertreibung. Gladbach ist eine lebenswerte Stadt – sie soll es auch für die bleiben, die ihren Job verloren haben und die darüber arm und krank wurden.

Doch wie sieht die derzeitige Wirklichkeit aus? Wie ernst sind Äußerungen zu nehmen beispielsweise von einem Neubau-beseelten Planungsdezernenten Gregor Bonin (CDU), der davon spricht: „Wir wollen eine einvernehmliche Lösung mit dem ALZ.“ Wirklich? Geht die Stadt, gehen CDU und SPD ehrlich mit den Verantwortlichen des ALZ um? Strebt man eine gerechte, eine faire Lösung an?“

Nehmen wir folgende Beispiele. Die Stadtentwicklungsgesellschaft (EWMG) hat dem ALZ geschrieben. Es bietet uns neue Räume an der Fliethstraße an. Die sind durchaus geeignet und nicht weit vom jetzigen ALZ entfernt. Doch entscheidende Fragen wurden bislang – gewollt? – nicht beantwortet. Wer bezahlt die Miete, die Nebenkosten im neuen Haus? Wer den Umzug, wer die Umbauten?

Müssten wir all das zahlen, wäre das ALZ tot, im Quartier ginge Lebendigkeit verloren.

In der jetzigen Alt-Immobilie, die der Stadt gehört, zahlen wir keine Nebenkosten. Das wurde vor Jahrzehnten so vereinbart, mit Politik und Stadtverwaltung.

Ein weiteres Beispiel: Lange hat die Stadtverwaltung gebraucht, um das Entwicklungs-

papier „Rahmenplan Abteiberg“ vorzulegen. Es wird jetzt politisch diskutiert und im Stadtrat beschlossen. Auf Seite 90 dieses Konzeptes steht, dass das ALZ-Areal 2018 für die Wohnbebauung zur Verfügung gestellt werden könnte. Besagter Herr Bonin beruhigte in der Sitzung der Bezirksvertretung Nord zwar

kritisch hinterfragende Vertreter der Linken (wo bleiben eigentlich die besorgten Kommentare von Bündnis-Grünen und vermeintlich sozial-bewegten SPD-Leuten?), doch das Ziel ist spätestens seit den Reiners-Einlassungen sonnenklar. Gegenüber den aufstrebenden Roermonder Höfen soll es schön aussehen. Da stört das „hässliche Haus“ aus der Nazi-Zeit.

Nur am Rande: Ein Anstrich (weiß, vielleicht) wäre gut fürs Auge und die betuchte Kapital-Anleger-Seele auf der „Roermonder Seite“.

Wobei das ALZ dank Spenden immer wieder ins Haus investierte – in Möbel, Technik, Kücheneinrichtung usw.

ALZ-Engagierte wie Karl Sasserath (Leiter) und Karl Boland (Vorstandssprecher) sagen immer wieder klar und deutlich, dass wir uns keiner Standortverlagerung verweigern werden. Aber die Voraussetzungen dafür müssen stimmen: Geeignete, zentrale Räume, Kostenklärung und die Garantie dafür, dass wir weiter Beratung, Begegnung und einen preiswerten Mittagstisch für bedürftige Mitmenschen ermöglichen können. Die Mitmach-Bereitschaft gilt auch für ein neues Konzept in Zusammenarbeit mit der Stadt, das das ALZ „zukunftsfähig“ macht. Im Quartier in Stadtmitte und mit anderen Organisationen, die anderen Zielgruppen helfen.

Die nächsten Monaten werden zeigen, ob es eine gerechte Lösung für das ALZ geben wird. Nicht nur für Karl Boland ist wichtig: „Wir brauchen Mitstreiter für den Erhalt des ALZ.“ Nur so würden die Helfer nicht hilflos.

Herbert Baumann, im Vorstand des Arbeitslosenzentrums und Mitglied des Bündnisrates

Wir kritisieren nicht nur, wir fordern auch:

Streichung jeglicher steuerverschwendender Subventionen

Umfassende Förderung von Wohnungen, die für jeden Menschen erschwinglich sind

Ein Bildungs- und Ausbildungsprogramm für benachteiligte Kinder und Jugendliche

Befreiung Arbeitsloser und ihrer Kinder von Beiträgen für Kultur, Sport, ÖPNV

Eine Grundsicherung für alle Menschen von 1600 € als Lebensgrundlage

So zieht soziale Gerechtigkeit in den Alltag und die Lebensplanung aller Menschen ein.

Politik den Atem nehmen will. Und damit eine Einrichtung ausradieren könnte, die so vielen erwerbslosen Menschen hilft. Sie brauchen uns. Erinnern wir uns: Oberbürgermeister Hans-Wilhelm Reiners (CDU) hat vor über zwei Jahren erklärt, dass er das ALZ nicht mehr da sieht, wo es seit über 30 Jahren ist. Es gab den ein oder anderen protestierenden Aufschrei.



Martina Borchert, geb. 1965, seit drei Monaten arbeitslos